Mittwoch, 1. Oktober 1924 · 72. Jahrgang Nr. 467

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Preise mässig
Zufuhr in Obst und Gemüse reichlich

Einheitsbrot	0,50	Strom	0,18
Schrippe	0,025	Gas	cbm 0,19
Milch	0,33	Wasser	cbm 0,19
Umrechngss. f. Lebensm.	1 Bill.	Kurs der Goldmark	1 Bill.
Briketts	1,40	Steuerumrechnungszahl	1 Bill.
Koks	2,24	Reichsindex	1170 Milld.

Weisskohl 0,06—0,08, Wirsing 0,08 bis 0,10, Rotkohl 0,08—0,10, Kohlrabi Mandel 0,25—0,30, Mohrrüben 0,06—0,08, Blumenkohl 0,25—0,70, bis 0,50, Pfefferlinge 0,40—0,50, Grünlinge 0,15—0,25, Tomaten 0,15—0,20, rote Rüben 0,10 bis 0,15, Pferdefleisch 0,40—0,80, Aepfel 0,06—0,30, Birnen 0,08—0,30, Pflaumen 0,25—0,35, Bohnen 0,30 Preiselbeeren 0,25—0,50.

Strassenbahn	0,15	Postk. Ort 0,03, Fern u. Oest.	0,05
Hochb. II. 0,15-0,20, III. 0,10-0,15		Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung.	0,15
Stadtbahn II. 0,25, III.	0,15	Brief Ort 0,05, Fern u. Oest.	0,10
Omnib. Teilstr. 0,15, e. Str.	0,20	Ausl. 0,30, Tschech. u. Ung.	0,25
Telephon 0,15, Automat	0,15	Telegramme das Wort: Berlin	7½ Pf., Deutschland 15 Pf.
Rohrpost-Karte 0,36, -Brief	0,45		

Vor der Unterzeichnung des Paktes

Die letzten Beratungen in Genf

Genf, 30. September. (W. T. B.)

Wie man heute abend erfährt, wird die Völkerbundsversammlung frühestens morgen nachmittag in die Beratung des Protokollentwurfs eintreten, da Politis seinen Bericht, den letzten Abänderungen entsprechend, umzugestalten hat. Für Frankreich wird in der großen Versammlungsdebatte außer Paul-Boncourt noch Briand als Hauptredner sprechen, und zwar zum ersten Male seit Tagung der Versammlung. Er wird dabei mitteilen, daß Frankreich bereit ist, sofort das Protokoll sowie auch das Sonderprotokoll über den Ständigen Gerichtshof zu unterschreiben.

Die französische Delegation, die in den letzten Tagen in fast stundenlangem Telephonverkehr mit der französischen Regierung stand, ist in der Tat zur Unterzeichnung ermächtigt worden.

Nach Annahme des Protokolls bleibt dann nur noch die Wahl der sechs nichtständigen Ratsmitglieder zu erledigen.

Der Völkerbundsrat wird nach dem Auseinandergehen der Versammlung noch mindestens einen Tag in Genf bleiben, um die notwendigen Beschlüsse für die Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz zu fassen.

Frankreichs „weitgehende Sanierungspolitik"

mit Hilfe der deutschen Leistungen

Paris, 1. Oktober. (W. T. B.)

Im Verlaufe seiner Ausführungen vor dem Finanzausschuß der Kammer sagte Finanzminister Clémentel, im ganzen würden die Einnahmen den Betrag von 32 481 Millionen Francs erreichen. Er wies weiter darauf hin, daß man heute dank Sachverständigenplan und dem Londoner Abkommen endlich von Deutschland die Erfüllung seiner Pflichten erwarten könne. Die steigenden und von nun an streng festgesetzten Zahlungen Deutschlands würden, sobald der Dawes-Plan in Ausführung sei, in zwei Jahren dazu dienen, die Amortisationskasse reichlich zu füllen und den Rückkauf der seit dem Kriege ausgegebenen Renten zu ermöglichen. Man werde also eine weitgehende Sanierungspolitik betreiben können.

In dem Budget für 1925 ist eine Milliarde für den Wiederaufbau vorgesehen. Diese eine Milliarde wird für den Zinsendienst einer noch aufzunehmenden Anleihe auf der Basis von 5 Prozent berechnet, so daß also eine Anleihe in Höhe von 20 Milliarden vorgesehen ist. In welcher Form die Anleihe aufgelegt wird, hat der Finanzminister gestern noch nicht gesagt.

Finanzminister Clémentel gab auch die geplanten neuen Steuern bekannt. Darunter befindet sich eine ständige Abgabe auf Börsenoperationen, die 5 Centimes pro Mille betragen solle, ferner eine Umsatzsteuer für die Versicherungsgesellschaften von 1 pro Mille für die Versicherungspolice. Der Finanzminister versicherte, daß durch die neuen Steuern keine neuen Lasten für die breite Masse entstehen würden.

Deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen

Die deutsche Abordnung in Paris eingetroffen

Paris, 1. Oktober. (Eca.)

Der größte Teil der deutschen Delegation, die die Handelsvertragsverhandlungen in Paris zu führen hat, ist gestern nachmittag, kurz nach 5 Uhr, am Nordbahnhof angekommen. An der Eröffnungssitzung wird die gesamte französische Delegation und natürlich auch die deutsche Delegation vollzählig teilnehmen. Die deutsche Regierung wird außerdem durch den Pariser Botschafter v. Hoesch vertreten sein. Das Zeremoniell für die zu haltenden Reden ist noch nicht endgültig festgesetzt.

Schnelldienst

Die griechische Regierung ist heute mittag zurückgetreten.

Der Verwaltungsrat der Post ist zu einer auf zwei Tage berechneten Sitzung zusammengetreten. Beratungsgegenstand ist die Vorlage über die Ermäßigung der Telephongebühren.

Der deutsche Gesandte Dr. Koch überreichte gestern dem Vertreter des tschechischen Ministers des Aeußern, Ministerialrat Dr. Girsa, in Prag das Memorandum der deutschen Regierung betreffend die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Der Papst hat Monsignore Matthias Ehrenfried zum Bischof von Würzburg ernannt.

Gestern ist von Caftiglioni in Wien die Nachricht eingetroffen, daß er Donnerstag, spätestens Freitag nach Wien kommen werde.

Auf der sechsten Tagung der internationalen Frauenliga in Hamburg hielten am Begrüßungsabend im Kurlehaus Frau Magdalene Hoppstock und Fräulein Dr. Anita Augspurg, die Präsidentin der Tagung, Ansprachen. Gertrud Baer erstattete den Bericht der Zentralbureaus seit 1922.

Die Gefahr

Die Anerkennung des Londoner Paktes durch die Deutschnationalen — Der konservative Machtwille

Das Ergebnis des deutschnationalen Vertretertages bekundet deutlich, daß die Deutschnationalen dem Willen zur Macht alles andere unterordnen. Nicht umsonst hat man die Oeffentlichkeit einschließlich der Parteipresse ausgeschlossen. Die versammelten Delegierten wurden dermaßen unter Druck genommen, daß die ganze Streitfrage des Londoner Abkommens völlig in den Hintergrund trat. Die Deutschnationalen erkennen die am 29. August gefallene Entscheidung an. Sie wollen nicht mehr gegen das „zweite Versailles" kämpfen. Nur auf die „Auslegung" und die „Verbesserung" und „Handhabung" der Gesetze wollen sie sich Einfluß sichern. Das ist eine grundsätzliche Schwenkung.

Indem die Deutschnationalen aus reiner Machtgier heraus eine grundsätzliche Schwenkung in ihrer Haltung gegenüber den Londoner Abmachungen vollziehen, entsteht für unsere ganze Innen- und Außenpolitik, für die Republik und die Völkerverständigung eine schwere Gefahr. Alles hängt jetzt davon ab, daß sich die ausschlaggebenden Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition nicht von der klaren Linie der bisherigen Regierungspolitik abdrängen lassen. Mit Recht sagt die „Germania", daß alles darauf ankommt, daß unser ehrlicher Erfüllungswille nicht verdächtigt werden kann. Die Deutschnationalen erkennen die Londoner Abmachungen als eine vollzogene Tatsache an, aber sie haben bisher noch in ihrer ganzen Agitation, durch ihre Presse und durch ihre Parteiäußerungen klar erkennen lassen, daß sie das Londoner Abkommen nach Kräften sabotieren möchten. „Verbessern" wollen alle Parteien die deutsche Lage. Aber es ist klar, daß nur eine demokratische republikanische Regierung mit den demokratischen Regierungen und Völkern des Westens in ein solches Vertrauensverhältnis kommen kann, daß eine Verbesserung möglich wird. Nie wird eine Regierung des Bürgerblockes die gleiche Chance haben. Darüber lassen die Kundgebungen des wohlmeinenden Auslandes auch nicht den geringsten Zweifel.

Herr Dr. Marx beginnt heute die Besprechungen mit den Parteiführern. Er will sowohl mit der Sozialdemokratie wie mit den Deutschnationalen verhandeln. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie sich auf einen Großblock mit Einschluß der Deutschnationalen nicht einlassen kann. Darauf baut ja alles, was in offener und geheimer Liebe zu dem Bürgerblock schwärmt. Aber diese Rechnung ist falsch. Herr Dr. Marx kann mit den Deutschnationalen nur auf Grund eines sachlichen Programms über die Regierungserweiterung verhandeln. Dieses Programm aber muß ganz unzweideutig die loyale Durchführung des Londoner Abkommens enthalten. Jede Erschütterung unserer Loyalität und unseres Vertrauens würden gerade die großen Wirtschaftskreise schwer zu büßen haben, die jetzt auf die ausländischen Kredite hoffen.

Die Deutsche demokratische Partei hat leider offiziell noch nicht Stellung zu dem drohenden Bürgerblock genommen. Aber nach den maßgeblichen Aeußerungen ihrer Führer und ihrer Presse darf es als ausgeschlossen gelten, daß sie den Gedanken einer solchen Verbündigung an allen demokratisch-republikanischen Grundsätzen auch nur erwägt. Sie muß von Anbeginn an dem Bürgerblock die schärfste Kampfansage entgegenstellen. Denn es steht sehr viel auf dem Spiele. Das gewonnene Vertrauen in der Welt ist in Gefahr. Die Republik und ihre Einrichtungen sind gefährdet. Die Deutschnationalen wollen bei der Durchführung der Lastenverteilung das Agrarkapital schonen und den breiten Massen die Hauptkosten aufbürden. Sie möchten jetzt Ministersitze, Landratsposten, Zölle, Steuererleichterungen für die machtgierige kleine Schicht des preußischen Junkertums. Aber es ist nicht nur ein Kampf um die Macht, der jetzt in Deutschland angeht. In Wahrheit geht es um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Befreiung des Vaterlandes. Darum müssen sich die

Die Irendebatte im Unterhaus

Alle Parteien für die Regierung

(Funkspruch, aufgenommen von der Funkenstation des Mosse-Hauses.)

London, 1. Oktober.

Wahrscheinlich wird die zweite Lesung der Irenbill heute erledigt werden. Die dritte endgültige Lesung wird morgen beginnen. Es werden zahlreiche Abänderungsanträge der Konservativen erwartet, die zum Ziel haben, die Befugnisse der Grenzkommission genau festzulegen und Ulster vor Grenzveränderungen größeren Umfanges zu schützen.

London, 30. September. (Eca.)

Die heutige Eröffnungssitzung des Unterhauses zeichnete sich durch eine ziemlich nervöse Stimmung aus. Bekanntlich soll das Unterhaus die zweite Lesung des Gesetzentwurfs vornehmen, der dem englisch-irischen Vertrag über die Grenzfestsetzung zwischen Irland und Ulster Gesetzeskraft verleihen soll.

Zunächst wurde eine ganze Anzahl von Fragen an die Regierung gerichtet. Dann ergriff MacDonald das Wort zur irischen Frage. Pflicht jeder Regierung sei, erklärte er, darüber zu wachen, daß alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Es sei nicht davon die Rede, daß man mit Gewalt Ulster zwingen wolle. Wer ähnliches behaupte, täte es aus bösem Willen. **Es sei keine Mühe gescheut, um zu einer Einigung zu kommen, sowohl im Interesse Großbritanniens wie auch im Interesse Irlands, aber alles sei vergebens gewesen.** Trotzdem, sagte MacDonald, bin ich überzeugt, daß alle Welt wünscht, daß der englisch-irische Vertrag kein toter Buchstabe bleibe.

Baldwin, der im Namen der Konservativen Partei sprach, erklärte, daß es tief bedauerlich sei, daß die Urheber des englisch-irischen Vertrages die Frage der Grenzfestsetzung aufgeworfen hätten. **„Trotzdem"**, erklärte er, **„widersetze ich mich nicht der Annahme des Gesetzentwurfes, aber meine Freunde und ich behalten uns vor, Abänderungen vor der dritten Lesung des Gesetzes einzubringen.**

Dann ergriff Asquith das Wort im Namen der Liberalen, um zu erklären, daß seine Partei für die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes stimmen werde.

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfes wird in einigen Tagen stattfinden.

Die englisch-ägyptische Aussprache

Zaglul und MacDonald

London, 30. September.

(Funkspruch, aufgenommen von der Funkenstation des Mosse-Hauses.)

Ueber die anderthalbstündige Unterredung, die Zaglul Pascha mit MacDonald hatte, äußerte sich der ägyptische Ministerpräsident Pressevertretern gegenüber, daß die Unterredung im wesentlichen nur allgemeinen Charakter gehabt hätte, ohne auf Einzelfragen einzugehen. Aber er könne sagen, daß sie vom ägyptischen Standpunkt aus zufriedenstellend verlaufen wäre.

*

Sicherlich wird sich MacDonald die größte Mühe geben, mit dem Ministerpräsidenten des Königreichs Aegypten zu einem Ausgleich zu gelangen. Zaglul und MacDonald sind Freunde seit mehr denn einem Jahrzehnt, und an dem guten Willen der beiden Verhandlungsleiter ist nicht zu zweifeln. In der prekären Frage des Sudans freilich, über die wir uns letzthin ausführlich äußerten, besteht ein schroffer Gegensatz in den beiderseitigen Ansichten, und es wird Anstrengungen kosten, die einigende Formel zu finden.

Die 26prozentige Abgabe an Frankreich

Nach Frankreichs Meinung keine neue Belastung

Paris, 1. Oktober. (W. T. B.)

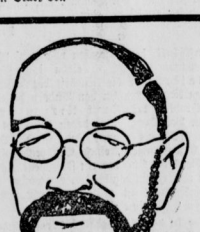
Die französische Regierung hat, wie Havas berichtet, der deutschen Botschaft heute die Antwort auf die deutsche Note betreffend die 26prozentige Exportabgabe überreichen lassen. Die französische Regierung bemerke, daß diese Taxe analog derjenigen sei, die von England erhoben werde, und daß ihre Einführung sogar durch den Dawes-Plan als Zahlungsmittel vorgesehen sei. Die französische Regierung erkläre weiter, dem Deutschen Reiche würden durch diese finanzielle Maßnahme keine neuen Lasten aufgebürdet, sie habe auch nicht die Absicht, durch diese Abgabe die Klauseln des Dawes-Plans zu umgehen.

Ein Flug Amsterdam—Batavia

15 000 Kilometer in Etappen

Amsterdam, 1. Oktober. (W. T. B.)

Heute früh startete der holländische Flieger van der Hoop auf einem Fokker-Eindecker mit zwei Begleitern zum Flug nach Batavia. Die Reiseroute geht von Amsterdam nach Prag, Belgrad, Konstantinopel, Angora, Aleppo, Bagdad, Kalkutta, Bangkok, Batavia. Die Strecke beträgt über 15 000 Kilometer. Zahlreiche Vertreter der Ministerien und anderer Behörden wohnten dem gutverlaufenen Start bei.



Dr. Carl Friedrich v. Siemens,
der sein Reichstagsmandat niedergelegt hat.